

KATHRIN WEBER

## ITALIENS WEG IN DIE NATO 1947–1949

Als die USA, Kanada und die Brüsseler-Pakt-Staaten im Frühjahr 1948 Verhandlungen über die Gründung einer westlichen Verteidigungsgemeinschaft aufnahmen, stellte sich auch die Frage der Mitgliedschaft Italiens<sup>1</sup>. Besonders die Vereinigten Staaten waren auf Grund der strategischen Bedeutung des Landes für den Mittelmeerraum sehr an der Einbeziehung Italiens interessiert<sup>2</sup>. Die übrigen Mächte nahmen, mit Ausnahme Frankreichs, in diesem Punkt eine eher ablehnende Haltung ein. Auch in Italien selbst war die Frage äußerst umstritten. Es entwickelte sich dort eine heftige öffentliche Diskussion, die der italienische Historiker Alfonso Sterpellione als „die wichtigste Debatte der Nachkriegszeit über die Wahl des einzuschlagenden Weges in der internationalen Politik“ bezeichnet hat<sup>3</sup>. Sowohl die oppositionellen Linksparteien als auch große Teile der von der Democrazia Cristiana (DC) geführten Regierungskoalition lehnten die Mitgliedschaft Italiens in einem Militärbündnis ab und traten für die Neutralität des Landes ein.

Daraus folgte, daß auch die Regierung De Gasperi in der Frage der NATO-Mitgliedschaft eine zögernde Haltung einnahm. Erst sehr spät entschied sie, dem Bündnis beizutreten, und erst sehr spät leitete sie die dazu notwendigen diplomatischen und innenpolitischen Schritte ein. Welche Überlegungen und Motive führten letztlich zu dieser Entscheidung? Wie gelang es der Regierung, diese gegen die starken externen und internen Widerstände durchzusetzen? Diesen Fragen soll in dem vorliegenden Aufsatz nachgegangen werden. Grundlage der Untersuchung bilden in erster Linie Quellen und Literatur aus Italien, wo dieses Thema bereits recht gut erforscht ist<sup>4</sup>. In der englisch- und deutschsprachigen Literatur ist diesem interessanten Aspekt der italieni-

<sup>1</sup> Vgl. Reid, Escott: *Time of Fear and Hope. The Making of the North Atlantic Treaty 1947–1949*, Toronto 1977, S. 70 und Henderson, Nicholas: *The Birth of NATO*, London 1982, S. 55 f.

<sup>2</sup> Vgl. Smith, Emory Timothy: *The United States, Italy and NATO: American Policy toward Italy, 1948–1952*, Kent State University 1981, S. 5 und S. 30 ff.

<sup>3</sup> Sterpellione, Alfonso: *Vent'anni di politica estera*, in: Bonanni, Massimo (Hrsg.), *La politica estera della Repubblica Italiana*, Mailand 1967, S. 217.

<sup>4</sup> Zu nennen ist hier in erster Linie folgende Literatur: Di Nolfo, Ennio/Rainero, Romain H./Vigezzi, Brunello (Hrsg.): *L'Italia e la Politica di Potenza in Europa (1945–50)*, Mailand 1990; Vigezzi, Brunello: *La dimensione atlantica*, Mailand 1987; Varsori, Antonio: *La scelta occidentale dell'Italia 1948–1949*, in: *Storia delle relazioni internazionali 1* (1985), S. 95–159; Nuti, Leopoldo: *L'esercito italiano nel dopo guerra. La sua ricostruzione e l'assistenza militare alleata*, Rom 1989.

schen Nachkriegsgeschichte jedoch bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Daher erscheint es sinnvoll und wichtig, die damaligen Ereignisse auch der deutschen Leserschaft näherzubringen.

## I.

Italien ging aus dem Zweiten Weltkrieg als besiegte Macht hervor. Wirtschaftlich und militärisch schwach, politisch gespalten und von fremden Streitkräften besetzt, hatte der Apenninenstaat alle Merkmale einer europäischen Großmacht verloren. Durch das zweite Waffenstillstandsabkommen vom 29. September 1943 wurde die Souveränität des Landes erheblich eingeschränkt. Zwar erklärten die Alliierten Italien nach der Kriegserklärung an Japan und Deutschland zur mitkriegführenden Nation („nazione cobelligerante“), der Rang eines Verbündeten wurde den Italienern damit aber nicht eingeräumt. So befand sich das Land trotz schrittweiser Erleichterungen erst Ende 1945 wieder vollständig in italienischer Hand<sup>5</sup>. Insbesondere die Briten taten sich lange Zeit schwer damit, bei den Besatzungsmächten liegende Kompetenzen an Italien zurückzugeben. Die Regierung Churchill sah Italien als ehemaligen Verbündeten Hitler-Deutschlands an und wollte das Land entsprechend bestraft wissen. Zudem verfolgte London das Ziel, Italien schwach zu halten, um so die eigene Politik im strategisch bedeutenden Mittelmeerstaat nach dem Zweiten Weltkrieg am besten zur Geltung bringen zu können<sup>6</sup>. Mit dieser Politik stand Großbritannien im offenen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die die rasche Schaffung eines selbstbewußten demokratischen Italiens anstrebten<sup>7</sup>.

Italien befand sich in der heiklen Lage, gleichzeitig Feind und mitkriegführende Nation zu sein. Die Regierung Badoglio bemühte sich daher mit allen Mitteln, für Italien den Status eines „Alliierten“ zu erlangen – jedoch ohne Erfolg<sup>8</sup>. Die Rolle Italiens im Zweiten Weltkrieg war noch lange nicht vergessen und nicht ohne Auswirkungen auf die politische Bedeutung des Landes, die nach 1943 beträchtlich sank. Den Italienern fiel es allerdings schwer, ihre neue, weniger gewichtige Position in der internationalen Politik anzuerkennen. Vielmehr empfanden sie diese als ungerechtfertigt und stellten ihrerseits, in völliger Überschätzung ihres politischen Gewichts, Forderungen an die

<sup>5</sup> Vgl. Macmillan, Harold: *War Diaries. Politics and War in the Mediterranean January 1943–May 1945*, London 1985, S. 551.

<sup>6</sup> Vgl. Petersen, Jens: *Sommer 1943*, in: Woller, Hans (Hrsg.), *Italien und die Großmächte 1943–1949*, München 1988, S. 23–48. Ausführliche Darstellungen der britischen Italienpolitik zu dieser Zeit finden sich bei Miller, James E.: *The United States and Italy 1940–1950. The politics and diplomacy of stabilization*, London 1986, S. 76–80, und bei Varsori, Antonio: *Bestrafung oder Aussöhnung? Italien und Großbritannien 1943–1948*, in: Woller, *Italien und die Großmächte*, S. 131–160.

<sup>7</sup> Vgl. Miller, James E.: *Der Weg zu einer „Special Relationship“*. Italien und die Vereinigten Staaten 1943–1947, in: Woller, *Italien und die Großmächte*, S. 49–68, und Ellwood, David W.: *Italy 1943–1945*, Leicester University Press 1985, S. 72f. und S. 81.

<sup>8</sup> Vgl. Di Nolfo, Ennio: *La formazione della politica estera italiana negli anni della nascita dei blocchi*, in: Di Nolfo/Rainero/Vigezzi, *L'Italia e la Politica di Potenza*, S. 603–619, hier: S. 609.

Siegermächte. Das wurde besonders in bezug auf den Friedensvertrag deutlich. In Anlehnung an das Schlußkommuniqué von Potsdam nahmen die Italiener an, daß die Kriegserklärung an Deutschland und Japan, der Kampf an der Seite der Alliierten und der Einsatz der Resistenza einen positiven Einfluß auf den Verlauf der Friedensverhandlungen nehmen würden<sup>9</sup>. Ende Dezember 1945 beschloßen die Außenminister der vier Großmächte jedoch, über einen Friedensvertrag ohne die Beteiligung Italiens zu verhandeln. Alle diplomatischen Proteste Roms gegen diese Vorgehensweise blieben erfolglos. Am 10. Februar 1947 wurde der Friedensvertrag nach langwierigen Verhandlungen in Paris unterzeichnet. Italien verlor damit sämtliche Kolonien in Afrika, es mußte die Reduzierung und Entwaffnung der Streitkräfte hinnehmen, deren Stärke künftig beschränkt war, und wurde verpflichtet, Reparationen zu leisten.

Die Klauseln des Friedensvertrages stießen bei allen Parteien auf starke Kritik<sup>10</sup>. Trotzdem plädierten Ministerpräsident De Gasperi und Außenminister Carlo Sforza – wissend, daß es keine Alternative dazu gab – in der Verfassungsgebenden Versammlung für die Ratifizierung des Vertrages, der schließlich auch trotz vieler Vorbehalte angenommen wurde<sup>11</sup>. Italien hatte damit zwar die volle staatliche Souveränität wiedererlangt, gleichzeitig mußten die Italiener aber auch zur Kenntnis nehmen, daß ihre Stimme im Konzert der europäischen Mächte erheblich an Gewicht verloren hatte. Die Revision des Friedensvertrages und die damit verbundene Wiedererlangung der Gleichberechtigung mit den übrigen westeuropäischen Staaten waren daher fortan die wichtigsten außenpolitischen Ziele Italiens<sup>12</sup>.

Mit der Teilnahme am Marshall-Plan kam das Land diesem erklärten Ziel im Sommer 1947 ein Stückchen näher<sup>13</sup>. De Gasperi war es gelungen, die Beteiligung Italiens gegen den Widerstand der starken kommunistischen Partei durchzusetzen und sein Land damit wirtschaftlich an den Westen zu binden<sup>14</sup>. Bei den Parlamentswahlen am

<sup>9</sup> Vgl. Rede De Gasperis vor der Assemblea Costituente am 31. 7. 1947, in: Assemblea Costituente, *Atti della Assemblea Costituente, Discussioni* 2, 12 luglio–31 luglio 1947, Rom 1948, S. 302 und Pastorelli, Pietro: *La crisi del marzo 1948 nei rapporti italo-americani*, in: Ders., *La politica estera italiana del dopoguerra*, Bologna 1987, S. 123–144. Zu den Vereinbarungen von Potsdam siehe *Foreign Relations of the United States (FRUS), The Conference of Berlin (Potsdam) 1945*, Vol. II, Washington 1960, S. 1509.

<sup>10</sup> Vgl. Ferrara, Mario: *La politica estera dell'Italia libera (1943–1971)*, Mailand 1973, S. 33.

<sup>11</sup> Vgl. Sforza, Carlo: *Cinque anni a Palazzo Chigi. La politica estera italiana dal 1947 al 1951*, Florenz 1953, S. 18 und De Gasperi in einer Rede vor der Assemblea Costituente am 31. 7. 1947, in: *Assemblea Costituente, Discussioni* 2, S. 311.

<sup>12</sup> In einem Interview mit der amerikanischen Presseagentur International News Service am 27. 11. 1948 bezeichnete Außenminister Sforza die Revision des Friedensvertrages als eine „spezifische Konstante unserer Außenpolitik“. Vgl. Archivio Centrale dello Stato (ACS) Rom, Carte Sforza, Schachtel 4. Vgl. auch Vigezzi, Brunello: *La politica estera italiana e le premesse della scelta atlantica. Governo, diplomatici, militari e le discussioni dell'estate 1948*, in: Ders., *La dimensione atlantica*, S. 1–63, S. 16 f.

<sup>13</sup> Bei der im Juli 1947 in Paris stattfindenden Konferenz zur Annahme des Marshall-Plans trat Italien das erste Mal nach Kriegsende als gleichberechtigter Partner an der Seite der Siegermächte auf. Siehe hierzu auch Cacace, Paolo: *Vent'anni di politica estera italiana (1943–1963)*, Rom 1986, S. 262.

<sup>14</sup> Mitte Mai 1947 hatte De Gasperi eine Regierungskrise eingeleitet und einige Tage später sein erstes Kabinett unter Ausschluß der Sozialisten und Kommunisten gebildet. Vgl. Harper, John Lamberton:

18. April 1948 wurde dieser Kurs von den Wählern bestätigt. Die *Democrazia Cristiana* errang mit 48,5 Prozent der Stimmen einen deutlichen Sieg über die in einer Art Einheitsfront zusammengeschlossenen Linksparteien. Damit war der Grundstein für die Westintegration Italiens gelegt, die De Gasperi und sein Außenminister Sforza in den folgenden Jahren mit äußerster Vorsicht, aber kontinuierlich vorantrieben<sup>15</sup>.

## II.

Am 22. Januar 1948 formulierte der britische Außenminister Bevin in einer Rede vor dem Unterhaus die Idee zur Gründung eines westeuropäischen Verteidigungsbündnisses, dem neben Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten auch andere europäische Länder, wie etwa Italien, angehören sollten<sup>16</sup>. Aus dieser weltweit mit großem Interesse verfolgten Rede erwuchs für Italien erstmals die Notwendigkeit, zu der Frage der Einbindung des Landes in ein militärisches Bündnis Stellung zu nehmen. In ersten Äußerungen von italienischen Regierungsmitgliedern wurde die Initiative Bevins begrüßt und eine Beteiligung Italiens an der neuen Allianz als möglich und wünschenswert bezeichnet<sup>17</sup>. Doch schon bald wurde deutlich, daß gewichtige Argumente gegen ein zu starkes Engagement der Regierung für ein solches Bündnis sprachen<sup>18</sup>.

Zum einen waren die Beziehungen zwischen Rom und London zum damaligen Zeitpunkt von starken Spannungen geprägt. Grund dafür war die Frage der Zukunft der ehemals italienischen Kolonien in Afrika. Rom versuchte, dort ein Mitspracherecht zu erlangen, was die Briten strikt ablehnten<sup>19</sup>. In Anbetracht dieses ungelösten Problems schien die Beteiligung an einem Bündnis unter britischer Vorherrschaft wenig attraktiv. Zum anderen zwang die rasch einsetzende Polemik der italienischen Linksparteien gegen die Pläne Bevins zur Zurückhaltung<sup>20</sup>. Italien befand sich mitten

America and the reconstruction of Italy, 1945–1948, New York 1986, S. 125 ff. und Smith, *American Policy toward Italy*, S. 26 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Lill, Rudolf: *Geschichte Italiens in der Neuzeit*, Darmstadt 1988, S. 396.

<sup>16</sup> Vgl. Henderson, *Birth of NATO*, S. 6.

<sup>17</sup> Vgl. „L'Italia sarà felice di collaborare in parità assoluta“, in: *Corriere della Sera* vom 23. 1. 1948 und Zeno, Livio: *Ritratto di Carlo Sforza*, Florenz 1975, S. 212 ff.

<sup>18</sup> Vgl. Smith, *American Policy toward Italy*, S. 82 und Varsori, Antonio: *De Gasperi, Nenni, Sforza e il loro ruolo nella politica estera italiana del secondo dopoguerra*, in: Di Nolfo/Rainero/Vigezzi, *L'Italia e la Politica di Potenza in Europa*, S. 59–91, S. 79.

<sup>19</sup> Vgl. Toscano, Mario: *Appunti sui negoziati per la partecipazione dell'Italia al Patto atlantico*, in: *Storia e Politica* 1 (1962), S. 1–37 und S. 196–231, S. 6. Die Beziehungen waren zudem durch den sogenannten „Fall von Mogadischu“ belastet, bei dem am 11. 1. 1948 in der somalischen Hauptstadt über 50 italienische Staatsbürger unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen waren.

<sup>20</sup> Zur Kritik der Linksparteien siehe insbesondere Galante, Severino: *La politica del PCI e il Patto atlantico*, Padua 1973, S. 68 und Decleva, Enrico: *La sinistra democratica italiana fra Unione Europea e Comunità atlantica (1948–1950)*, in: Poidevin, Raymond (Hrsg.): *Histoire des Débuts de la construction européenne (mars 1948–mai 1950)*, Actes du Colloque de Strasbourg 28–30 Novembre 1984, Brüssel 1986, S. 261–283.

im Wahlkampf, der im Zeichen der Frage nach der künftigen politischen Orientierung des Landes stand. Alle Parteien, einschließlich der DC und ihrer kleinen Bündnispartner, hatten sich dabei deutlich gegen den Beitritt Italiens zu einem Militärbündnis ausgesprochen<sup>21</sup>. Jede Initiative von Seiten der Regierung wäre daher einem Kurswechsel gleichgekommen und hätte die Politik De Gasperis unglaubwürdig erscheinen lassen<sup>22</sup>.

Bei einer Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Rom, Dunn, machte De Gasperi diese Situation auch gegenüber den USA deutlich. Auf die Haltung der italienischen Regierung zum Brüsseler Pakt angesprochen, sagte er, daß er die Vereinbarung für „exzellent“ halte und hoffe, daß „Italien eventuell Mitglied werden würde“. Auf Grund des Fehlens eines handlungsfähigen Parlaments und in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen sei es für Italien aber nicht ratsam, zum jetzigen Zeitpunkt einen Schritt in Richtung des neuen Bündnisses zu unternehmen<sup>23</sup>.

Nach dem Wahlsieg der DC waren die Gründe für diese Zurückhaltung entfallen. Fragen der äußeren Sicherheit des Landes gewannen nun in der politischen Diskussion an Bedeutung. Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages und dem endgültigen Abzug der alliierten Truppen im Dezember 1947 befanden sich die italienischen Streitkräfte in einem desolaten Zustand. Die Armee wäre sowohl hinsichtlich ihrer Personalstärke als auch hinsichtlich ihrer Ausrüstung nicht in der Lage gewesen, einen Angriff aus dem Osten aus eigener Kraft abzuwehren<sup>24</sup>, wie sich aus mehreren alarmierenden Berichten der Stabschefs über die Lage der Teilstreitkräfte ergeben hatte<sup>25</sup>. Auch einige einflußreiche italienische Diplomaten versuchten, ihre Regierung von der Dringlichkeit von Initiativen zur Verbesserung der äußeren Sicherheit des Landes zu überzeugen. So schrieb beispielsweise der italienische Botschafter in Washington, Tarchiani, im April 1948, er halte es für „eine heilige Pflicht“, daß Italien sich umgehend mit den Belangen der eigenen Verteidigung befasse<sup>26</sup>. In verschiedenen Unterredungen mit bedeutenden Repräsentanten der amerikanischen Regierung hatte Tarchiani erfahren, daß die USA daran dachten, ihre europäischen Partner durch die Schaffung eines „militärischen Beistandssystems“ zu schützen, und daß die Präsenz Italiens in der westlichen Staatengruppe in Washington „lebhaft erwünscht“ sei<sup>27</sup>.

<sup>21</sup> So z. B. der damalige politische Sekretär der Partei, Piccioni, in einer Wahlkampfreden am 1. 3. 1948 in Genua; vgl. Piccioni, *Attilio: Scritti e discorsi 1944–1965*, hrsg. von Carlo Dané, Vol. II, Rom 1979, S. 250 und ein Artikel der Parteizeitung „Il Popolo“ mit dem Titel „Nessun impegno per una ipotetica alleanza militare“ vom 28. 10. 1948.

<sup>22</sup> Vgl. Di Nolfo, Ennio: *Problemi della politica estera italiana 1943–1950*, in: *Storia e Politica* 14 (1975), S. 295–317, S. 314.

<sup>23</sup> Dunn an Marshall, 16. 3. 1948, in: *FRUS 1948*, Vol. III, Washington 1974, S. 54.

<sup>24</sup> Die Gesamtstärke der Streitkräfte war im Friedensvertrag auf 300 000 Mann beschränkt. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren lag der Umfang jedoch weit darunter. Vgl. Nuti, *L'esercito italiano*, S. 153 f.

<sup>25</sup> Von Seiten der militärischen Führung wurde daher u. a. eine Heeresreform gefordert. Vgl. Nuti, *ebenda*, S. 158 ff.

<sup>26</sup> Tarchiani, Alberto: *Dieci anni fra Roma e Washington*, Mailand 1955, S. 148.

<sup>27</sup> Vgl. Memorandum of Conversation by the Director of the Office of European Affairs (Hickerson),



Durch diese Gespräche ermutigt, begab sich Tarchiani im Mai 1948 nach Rom, um dort mit wichtigen Regierungsmitgliedern über die „Notwendigkeit des Beitritts Italiens zum westlichen Bündnis“ zu sprechen. Dabei stieß er auf Seiten De Gasperis und Sforzas auf vorsichtige Zurückhaltung. Der Ministerpräsident fürchtete die Reaktion der Opposition, und Sforza vertrat die Ansicht, daß der richtige Moment für einen Beitritt noch nicht gekommen sei<sup>28</sup>. Neben der Rücksichtnahme auf die innenpolitischen Verhältnisse dürften folgende Gründe für diese Haltung ausschlaggebend gewesen sein: Der Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt hätte die Regierung vor große innenpolitische Probleme gestellt, ohne daß damit eine adäquate Gegenleistung auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit verbunden gewesen wäre. Die Regierung in Rom sah in dem europäischen Verteidigungsbündnis eine „traditionelle militärische Allianz“, die in erster Linie vor einer erneuten deutschen Aggression schützen sollte, in militärischer Hinsicht jedoch keine Vorteile für Italien habe<sup>29</sup>. Hinzu kam, daß die Regierung De Gasperi dem Brüsseler Pakt auch bezüglich der europäischen Integration wenig Bedeutung beimaß. Die Italiener waren primär an einer Verbesserung ihrer Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien interessiert. Durch den Beitritt zum Brüsseler Pakt glaubten sie nicht, diesem Ziel näher zu kommen, und räumten daher bilateralen Verhandlungen Priorität ein<sup>30</sup>. Schließlich wurde die Frage des Beitritts zum Brüsseler Pakt von der italienischen Regierung immer wieder mit den ungelösten Problemen des Friedensvertrages in Verbindung gebracht. So betonte Außenminister Sforza vor der Presse, daß Italien einem militärischen Bündnis nur unter der Bedingung der „absoluten Parität“ beitreten könne<sup>31</sup>. Und der italienische Botschafter in Paris, Quaroni, machte in einem Gespräch im Quai d'Orsay gegenüber Frankreich deutlich, daß ein Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt nur möglich sei, wenn zuvor das Problem der „moralischen Gleichheit“ und die Frage der militärischen Beschränkungen des Friedensvertrages geklärt würden<sup>32</sup>.

Einige Autoren vertreten daher die These, daß der Beitritt möglicherweise bewußt hinausgezögert wurde, um die erwünschte Revision des Friedensvertrages zu erlangen<sup>33</sup>. Ausgangspunkt dieser These ist ein Interview De Gasperis mit der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press vom 26. April 1948, in dem er die Lage Italiens wie folgt beschrieb: „Einerseits besteht der lebhafteste Wunsch Italiens, eine aktivere Po-

27. 4. 1948, in: FRUS 1948, Vol. III, S. 793–796. Siehe auch Ortona, Egidio: *Anni d'America*, Vol. 1: *La ricostruzione 1944–1951*, Bologna 1984, S. 239.

<sup>28</sup> Vgl. Sforza, *Cinque anni a Palazzo Chigi*, S. 194 und Adstans (Pseud.): *Alcide De Gasperi nella politica estera italiana (1944–1953)*, Mailand 1953, S. 121.

<sup>29</sup> Vgl. Nuti, *L'esercito italiano*, S. 169f. und Vigezzi, *La politica estera italiana*, in: Ders., *La dimensione atlantica*, S. 18.

<sup>30</sup> Vgl. Pastorelli, Pietro: *La politica europeista di De Gasperi*, in: Ders., *La politica estera italiana del dopoguerra*, S. 145–208, S. 169, und Smith, *American Policy toward Italy*, S. 88.

<sup>31</sup> Vgl. „L'Italia sarà felice di collaborare in parità assoluta“, in: *Corriere della Sera* vom 23. 1. 1948.

<sup>32</sup> Quaroni an Sforza, 8. 4. 1948, zit. in: Vigezzi, *La dimensione atlantica*, S. 72.

<sup>33</sup> Diese These wird u. a. vertreten von: Nuti, *L'esercito italiano*, S. 170 und vom Quartararo, Rosaria: *Italia e Stati Uniti. Gli anni difficili (1945–1952)*, Neapel 1986, S. 260.

litik auf dem Kontinent an der Seite der anderen Nationen zu führen. Andererseits jedoch verbieten uns die Beschränkungen des Friedensvertrages, die Verpflichtungen der Militärklauseln, der Entmilitarisierung und der Abrüstung das Minimum der Dinge zu tun, die Europa von uns erwartet.“<sup>34</sup> In London und Washington wurden diese Äußerungen als Versuch Roms gewertet, den Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt an Bedingungen zu knüpfen. Besonders die britische Regierung zeigte sich darüber sehr verärgert<sup>35</sup>.

Welche Intention sich tatsächlich hinter den Worten De Gasperis verbarg, ist nicht eindeutig zu klären. Fest steht aber, daß innerhalb der italienischen Regierung tatsächlich eine Tendenz bestand, den Beitritt zum Brüsseler Pakt von Fortschritten in der Frage der Revision des Friedensvertrages abhängig zu machen. Das beweist auch ein Memorandum des italienischen Außenministeriums, das Anfang Mai 1948 an die Botschafter in London, Washington und Paris versandt wurde. Darin heißt es, daß Italien auf die Unterstützung der USA bauen müsse, um den Beitritt zum westlichen Bündnis im eigenen Land konsensfähig zu machen. Den Vereinigten Staaten sollte dabei die Rolle zufallen, sich bei den westeuropäischen Mächten für die Lösung der noch offestehenden Fragen im Sinne Italiens einzusetzen<sup>36</sup>. Mit anderen Worten: Die Regierung De Gasperi wollte mit amerikanischer Hilfe eine Revision des Friedensvertrages erreichen und damit die öffentliche Meinung für eine Unterstützung des Beitritts zum Brüsseler Pakt gewinnen<sup>37</sup>.

Diese Zielsetzung beruhte jedoch auf einer Fehleinschätzung der Position der Brüsseler-Pakt-Staaten. Diese waren nämlich keineswegs dazu bereit, Italien in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Das machte auch Botschafter Quaroni in seiner Reaktion auf das Memorandum aus Rom deutlich. Im Verlauf seiner Gespräche in Paris habe er den Eindruck gewonnen, so hob er hervor, daß Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten nur ein „minimales Interesse“ an einer italienischen Beteiligung am Brüsseler Pakt hätten<sup>38</sup>. Auch die italienische Botschaft in London teilte diese Einschätzung. Die britische Regierung sei keinesfalls dazu bereit, meinte Gallarati-Scotti, den Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt, dem sie ohnehin nicht vorbehaltlos gegenüberstehe, auch noch zu „bezahlen“. Dasselbe gelte für die Benelux-Staaten<sup>39</sup>.

In der Tat hatte das Interesse der Westmächte an einer Einbindung Italiens in den Brüsseler Pakt merklich abgenommen. Das war zum einen darauf zurückzuführen, daß durch den Wahlsieg De Gasperis eine gewisse innenpolitische Stabilisierung eingetreten war. Eine feste Verankerung Italiens im westlichen Bündnis schien daher nicht

<sup>34</sup> „Un'intervista al presidente del Consiglio. Il nostro apporto per l'Europa ostacolato dalle clausole del trattato“, in: *Il Popolo* vom 27. 4. 1948.

<sup>35</sup> Vgl. Memorandum Achilles, in: *FRUS 1948*, Vol. III, S. 116.

<sup>36</sup> Eine ausführliche Darstellung des Memorandums findet sich bei Toscano, *Patto atlantico*, S. 15–20.

<sup>37</sup> Vgl. Pastorelli: *La crisi del marzo*, S. 140.

<sup>38</sup> Vgl. Toscano, *Patto atlantico*, S. 25.

<sup>39</sup> So die Einschätzung des italienischen Botschafters Gallarati-Scotti, vgl. ebenda, S. 21. Zur Haltung der Briten siehe auch: Folly, Martin H.: *Britain and the issue of Italian membership of NATO, 1948–49*, in: *Review of International Studies* 13 (1987), S. 177–196, S. 179 ff.

mehr unbedingt notwendig<sup>40</sup>. Zum anderen hatten die stets zurückhaltenden und negativen Reaktionen der italienischen Regierung, nicht zuletzt auch das allzu selbstbewußte Interview De Gasperis vom 26. April, einen Stimmungswechsel verursacht<sup>41</sup>. Eine offizielle Einladung an Italien, dem Bündnis beizutreten, blieb daher ebenso aus wie eine konkrete Initiative Roms, sich den fünf Brüsseler-Pakt-Staaten anzuschließen<sup>42</sup>.

Unterdessen versuchten die Botschafter Tarchiani, Quaroni und Gallarati-Scotti weiterhin, ihre Regierung von der außen- und sicherheitspolitischen Notwendigkeit eines Beitritts Italiens zum Brüsseler Pakt zu überzeugen. Welche Argumente sie dabei anführten, zeigt ein umfassender Briefwechsel vom Sommer 1948 zwischen den drei Botschaftern und dem Außenministerium in Rom. Blicke Italien dem Brüsseler Pakt fern, so eines der Argumente, werde das Land zwangsläufig in die politische Isolation geraten<sup>43</sup>. Der Brüsseler Pakt biete zudem die einzige Möglichkeit, langfristig in den Genuß von amerikanischer Hilfe bei der Wiederbewaffnung zu gelangen. Die USA, so Quaroni, hätten bereits Ende 1947 gegenüber Frankreich und Großbritannien deutlich gemacht, daß sie lediglich einem Bündnis von Staaten, das selbst alle Anstrengungen zu seiner Verteidigung unternehme, Hilfe leisten könnten<sup>44</sup>. Wenn Italien also eine effiziente militärische Unterstützung erhalten wolle, müsse das Land dem Brüsseler Pakt beitreten. Nach Ansicht Quaronis dürfe diese Entscheidung nicht länger aufgeschoben werden<sup>45</sup>.

Verfolgt man den Briefwechsel weiter, so wird deutlich, daß Sforza diese Auffassung Quaronis grundsätzlich teilte. Er maß jedoch der öffentlichen Meinung und den sensiblen innenpolitischen Verhältnissen zu jenem Zeitpunkt größere Bedeutung bei, wie er am 4. August Quaroni gegenüber gestand: „Bestimmte Formen der Sprache und bestimmte Entscheidungen hängen nicht von den Politikern ab, sondern vielmehr von einer nationalen Stimmung, die sich bis jetzt nicht gefestigt hat (...)“<sup>46</sup>

So nahm die Regierung in der Frage des Brüsseler Paktes weiterhin eine zögernde Haltung ein. Um dennoch mit den anderen westeuropäischen Staaten im Gespräch zu bleiben und eine außenpolitische Isolation zu vermeiden, ergriff die Regierung auf dem Gebiet der Europapolitik die Initiative. Am 18. Juli 1948 hielt Außenminister Sforza an der Universität von Perugia einen vielbeachteten Vortrag mit dem Titel „Wie gestalten

<sup>40</sup> Vgl. Vigezzi, Brunello: De Gasperi, Sforza, la diplomazia italiana e la politica di potenza del trattato di pace al patto atlantico, in: Di Nolfo/Rainero/Vigezzi, L'Italia e la Politica di Potenza in Europa, S. 3–87, S. 19.

<sup>41</sup> Vgl. Pastorelli, La crisi del marzo, S. 142.

<sup>42</sup> Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 194.

<sup>43</sup> Vgl. Quaroni an Sforza, 2. 6. 1948, zit. in: Vigezzi, La dimensione atlantica, S. 81; Tarchiani an Sforza, 12. 7. 1948, zit. in: ebenda, S. 106 und Gallarati-Scotti an Sforza, 20. 7. 1948, zit. in: ebenda, S. 117.

<sup>44</sup> Zu den Motiven dieser Haltung der Amerikaner siehe Reid, Escott: La nascita miracolosa dell'alleanza atlantica, in: Notizie NATO, Dicembre 1980, S. 194–200, S. 194–197.

<sup>45</sup> Vgl. Quaroni an Sforza, 28. 7. 1948, zit. in: Vigezzi: La dimensione atlantica, S. 155.

<sup>46</sup> Sforza an Quaroni, 4. 8. 1948, in: ebenda, S. 163. Vgl. dazu auch Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 196.



wir Europa?“<sup>47</sup>. Darin formulierte er die Idee zur Bildung einer europäischen Föderation, die die Staaten Europas in allen Bereichen miteinander verbinden und als Garant des Friedens dienen sollte<sup>47</sup>. In einem Memorandum an alle OEEC-Mitgliedsstaaten von August 1948 griff Sforza diesen Gedanken erneut auf und schlug darüber hinaus eine umfassende Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit auf der Basis des OEEC vor<sup>48</sup>. Dabei hob Sforza nicht nur auf wirtschaftliche, kulturelle und politische Kooperationsformen ab, sondern sprach auch von einer möglichen militärischen Zusammenarbeit: „Eine von Paris, vom OEEC ausgehende Union schließt in ihrem Rahmen durchaus nicht die Existenz einer militärischen Union, wie die des Brüsseler Paktes, aus. Es ist vielmehr wünschenswert, daß sich ihm [dem Brüsseler Pakt] andere Länder anschließen können, bis zu dem Tag, an dem die allgemeine europäische Union alle Kräfte, die sich der Verteidigung des Friedens und der Demokratie widmen, umschließt und vereint.“<sup>49</sup>

Mit diesem Memorandum verfolgte die Regierung De Gasperi zwei grundlegende Ziele. Zum einen bot die Initiative zur Schaffung einer europäischen Union der italienischen Regierung die schon erwähnte Möglichkeit, eine neue Gesprächsrunde mit den westeuropäischen Staaten zu eröffnen<sup>50</sup>. Zum anderen war es Rom mit Hilfe des Memorandums gelungen, die Frage des Beitritts Italiens zu einem Militärbündnis unmittelbar an das Thema der europäischen Einigung zu knüpfen. Die europäische Union, als Ausdruck eines friedlichen und kooperativen Zusammenwirkens der einzelnen Staaten, sollte die Grundlage für eine Übereinkunft auch im militärischen Bereich schaffen. Das war besonders in Bezug auf die italienische Öffentlichkeit von großem Wert<sup>51</sup>. „Indem die italienische Regierung“, so hat Brunello Vigizzi treffend geschrieben, „die eigene öffentliche Meinung dazu ersuchte, Europa auf der politisch-kulturellen Ebene beizutreten, bereitete sie sie damit indirekt auf die wesentlich verbindlicheren Diskussionen mit den Vereinigten Staaten auf der militärisch-strategischen Ebene vor.“<sup>52</sup>

<sup>47</sup> Der vollständige Redetext mit dem Titel „Come fare l'Europa?“ findet sich bei Sforza, ebenda, S. 483–496.

<sup>48</sup> Der OEEC, der europäische Wirtschaftsrat mit Sitz in Paris, wurde am 18. 4. 1948 zur Durchführung des Marshall-Plans gegründet. Am 14. 12. 1960 wurde er durch die OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der neben den europäischen Staaten auch die USA und Kanada angehören, abgelöst.

<sup>49</sup> In: ACS, Carte Sforza, Schachtel 11.

<sup>50</sup> Vgl. Pastorelli, Pietro: L'adesione dell'Italia al Patto atlantico, in: Ders., La politica estera italiana del dopoguerra, S. 209–231, S. 216, und Quartararo, Italia e Stati Uniti, S. 273 f.

<sup>51</sup> Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 194 f. Siehe dazu auch ein Telegramm Sforzas an die italienischen Botschafter in Moskau, Paris, London und Washington, Brosio, Gallarati-Scotti, Quaroni und Tarchiani, 31. 8. 1948, zit. in: Vigizzi, La dimensione atlantica, S. 181.

<sup>52</sup> Vigizzi, De Gasperi, S. 29. Vgl. auch Sterpellone, Vent'anni di politica estera, S. 228.

## III.

Als die Spannungen in Europa im Sommer 1948 mit der Berlin-Blockade ihren Höhepunkt erreichten, gab es zahlreiche Stimmen, die eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen beiden Blöcken in naher Zukunft nicht mehr ausschlossen. Im Falle eines solchen Konfliktes sah sich Italien nicht in der Lage, das nationale Territorium zu verteidigen. Die Apenninenhalbinsel wäre nach Einschätzung der Regierung infolge der eigenen militärischen Schwäche automatisch zum Schlachtfeld der Armeen anderer Länder geworden. Im Kabinett De Gasperi herrschte daher Einigkeit darüber, daß Italien nicht neutral und unbewaffnet zugleich bleiben konnte<sup>53</sup>. In dieser Situation reifte in Rom ein Entschluß heran, dessen Verwirklichung eine nahezu perfekte Lösung der anstehenden Probleme verhieß. Man wollte versuchen, eine informelle militärische Kooperation mit den USA zu erreichen, die es Italien ermöglichte, seine militärische Verteidigungsfähigkeit wesentlich zu verbessern, und es zugleich der Notwendigkeit enthob, dem westlichen Verteidigungsbündnis beitreten zu müssen<sup>54</sup>.

Zwar war man sich klar, daß die USA prinzipiell weder bilaterale Bündnisse schließen noch einzelne Staaten militärisch unterstützen wollten. Verschiedene amerikanische Äußerungen schienen jedoch eine Bestätigung dafür zu liefern, daß in diesem Fall eine Ausnahme möglich sei. So hatten amerikanische Diplomaten mehrfach die Bereitschaft der USA signalisiert, mit Italien in direkter und vertraulicher Weise Fragen der Verteidigung zu behandeln und die italienische Regierung auf jede mögliche und angemessene Art und Weise zu unterstützen<sup>55</sup>. Die Verhandlungen über den Atlantikpakt, die am 6. Juli 1948 in Washington begonnen hatten, sah die Regierung in Rom ebenfalls nicht als Hindernis für eine konkrete Hilfe durch die Vereinigten Staaten an. Details über die laufenden Verhandlungen waren nämlich noch nicht bekannt geworden, und die wenigen bis dahin bekannten Fakten stellten nichts Interessantes in Aussicht<sup>56</sup>.

Die Idee der „bewaffneten Neutralität“, die hinter all diesen Überlegungen stand, fand auch bei der militärischen Führung Zustimmung. So äußerte etwa General Trezzani die Ansicht, daß er die „bewaffnete Neutralität“ bei einer entsprechenden militärischen Ausstattung Italiens durch ausländische Staaten für durchaus angemessen halte. Da Italien nach Einschätzung Trezzanis zudem von großem strategischen Interesse für die USA sei, hielt er eine entsprechende Hilfeleistung durch die Vereinigten Staaten für wahrscheinlich<sup>57</sup>. Diese Auffassung wurde von Außenminister Sforza geteilt, der die italienische Botschaft in Washington dazu aufforderte, mit der amerikani-

<sup>53</sup> Vgl. ACS, Verballi del consiglio dei Ministri 1948, busta 24, Sitzung vom 22. 10. 1948.

<sup>54</sup> Vgl. Nuti, *L'esercito italiano*, S. 170, Cacace, *Vent'anni di politica estera italiana*, S. 300f. und Varsori, *La scelta occidentale*, S. 150.

<sup>55</sup> Vgl. Lovett an Dunn, 20. 4. 1948, in: FRUS 1948, Vol. III, S. 876. Siehe dazu auch Nuti, ebenda, S. 171.

<sup>56</sup> Vgl. Gallarati-Scotti an Ministero, 27. 7. 1948, zit. in: Vigezzi: *La dimensione atlantica*, S. 139.

<sup>57</sup> Vgl. Memorandum Trezzanis an das italienische Außenministerium vom 30. 7. 1948, in: Nuti, *L'esercito italiano*, S. 383–386.

schen Regierung in einen offenen Meinungs austausch über die Möglichkeiten einer militärischen Unterstützung für Italien zu treten<sup>58</sup>. Parallel dazu bemühte man sich auch auf militärischer Ebene, Verhandlungen mit den USA aufzunehmen. So machte etwa General Marras den amerikanischen General Clay bei einem Zusammentreffen Mitte Oktober 1948 mit dem Wunsch seiner Regierung bekannt, mit Washington über eventuelle gemeinsame Verteidigungsinitiativen zu sprechen<sup>59</sup>. Gleichzeitig traf der Stabschef der italienischen Marine, Admiral Maugeri, mit dem französischen General Revers zu einem Meinungs austausch in Paris zusammen<sup>60</sup>. Außenminister Sforza nutzte seinerseits den Besuch des amerikanischen Außenministers Marshall am 18./19. Oktober in Rom, um nochmals die Frage der amerikanischen Hilfeleistungen anzusprechen. Marshall zeigte jedoch keinerlei Interesse und ging auf das Thema nicht näher ein<sup>61</sup>.

Spätestens hier wurde deutlich, daß die Regierung in Rom die amerikanische Haltung nicht richtig eingeschätzt hatte. Die Amerikaner waren zwar grundsätzlich bereit, die Regierung De Gasperi zu unterstützen, sahen aber in einem effektiven europäischen Zusammenschluß die Grundvoraussetzung für konkrete militärische Hilfen<sup>62</sup>. Das Konzept der „bewaffneten Neutralität“ hatte sich für Italien somit als Illusion erwiesen.

#### IV.

Im Oktober 1948 zeichneten sich bei den Verhandlungen zwischen den Brüsseler-Pakt-Staaten, den USA und Kanada neue Perspektiven ab. Nach Abschluß der ersten Gesprächsrunde (Juli-September 1948), über deren Inhalte kaum Informationen an die Öffentlichkeit gelangt waren, veröffentlichten die fünf europäischen Staaten am 26. Oktober ein gemeinsames Kommuniqué, in dem sie auf die Vorbereitungen zum Abschluß eines Atlantikpaktes hinwiesen<sup>63</sup>. Da die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer finanziellen und militärischen Stärke die Führungsrolle in diesem Bündnis einnehmen würden, gewann das Projekt auch für Italien an Bedeutung. So setzte Ende Oktober ein deutlicher Wandel in der Außenpolitik Roms ein<sup>64</sup>. Die Regierung be-

<sup>58</sup> Vgl. Sforza an Brosio, Gallarati-Scotti, Quaroni und Tarchiani, 31. 8. 1948, zit. in: Vigezzi: *La dimensione atlantica*, S. 180.

<sup>59</sup> Vgl. *The Papers of General Lucius D. Clay*, hrsg. von Jean Edward Smith, Bloomington/Ind. 1974, S. 891 f.

<sup>60</sup> Vgl. Quaroni an Zoppi, 4. 10. 1948, zit. nach Vigezzi: *De Gasperi*, S. 38. Siehe hierzu auch Nuti, *L'esercito italiano*, S. 180 f.

<sup>61</sup> Vgl. Marshall an Lovett, 25. 10. 1948, in: *FRUS 1948*, Vol. III, S. 811 und Sforza, *Cinque anni a Palazzo Chigi*, S. 202 f.

<sup>62</sup> Vgl. Dunn an Marshall, 22. 10. 1948, in: *FRUS 1948*, Vol. III, S. 170.

<sup>63</sup> Vgl. „L'Unione Occidentale prepara l'alleanza atlantica“, in: *Corriere della Sera* vom 27. 10. 1948 und Nuti, *L'esercito italiano*, S. 192.

<sup>64</sup> Vgl. Varsori, *La scelta occidentale*, S. 303.

mühte sich nun verstärkt darum, genauere Kenntnisse über Inhalt und Form des atlantischen Bündnisses zu erlangen und die Kontakte zu den westeuropäischen Staaten zu vertiefen.

Am 18. November 1948 begab sich Ministerpräsident De Gasperi auf eine Reise nach Belgien und Frankreich. Erste Station seines Aufenthalts war Brüssel, wo er am 19. November mit Ministerpräsident Spaak zu einer Unterredung zusammentraf. Gegenstand dieses Gespräches waren u. a. der Brüsseler Pakt, die laufenden Projekte zur europäischen Union und die Frage der italienischen Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt<sup>65</sup>. Dann reiste De Gasperi nach Paris weiter. Dort traf er mit Regierungschef Queuille und Außenminister Schuman zusammen, um Fragen bezüglich des Brüsseler Paktes und der NATO zu erörtern. Die Franzosen versicherten De Gasperi dabei, daß Paris den Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt unterstütze und auch jede andere Art der Zusammenarbeit als wünschenswert erachte. Diese positive Haltung Frankreichs war für Italien von großer Bedeutung. Rom konnte nun im Falle einer zukünftigen Entscheidung, dem atlantischen Bündnis beizutreten, mit der vollen Unterstützung der Franzosen rechnen<sup>66</sup>. Anfang Dezember 1948 reiste der Stabschef des italienischen Heeres, General Marras, auf Einladung seines amerikanischen Kollegen General Bradley in die USA<sup>67</sup>, wo er mit den wichtigsten militärischen und politischen Repräsentanten der Vereinigten Staaten zusammentraf<sup>68</sup>. Ziel dieser Reise war es, möglichst genaue Informationen über den Atlantikpakt zu erhalten, ohne sich bereits verbindlich auf einen Beitritt festzulegen<sup>69</sup>.

Marras hatte vom Außenministerium die Weisung erhalten, keinerlei formelle oder geheime Verpflichtungen einzugehen. Der General sollte vielmehr deutlich machen, daß die italienische Regierung entschlossen sei, der europäischen Verteidigungsorganisation beizutreten, sobald die amerikanische Beteiligung daran in Form einer politischen Garantie und einer wirkungsvollen militärischen Unterstützung gesichert sei. Ferner sollte er sich genau über die operativen Details der amerikanischen Verteidigungspläne für Westeuropa informieren und versuchen, sofort militärische Hilfeleistungen von den Vereinigten Staaten zu erlangen<sup>70</sup>.

Auch die amerikanische Regierung hatte ihre militärische Führung angewiesen, gegenüber den italienischen Gesprächspartnern keinerlei Andeutungen über die Posi-

<sup>65</sup> Vgl. „L'Unità Europea base della politica italiana“, in: *Corriere della Sera* vom 23. 11. 1948.

<sup>66</sup> Vgl. De Gasperi, Maria Romana: *La nostra patria Europea*, Mailand 1969, S. 15 f.

<sup>67</sup> Diese Reise sollte ursprünglich bereits zwei Monate früher stattfinden, aber die Regierung in Rom fürchtete die öffentlichen Reaktionen auf ein derartiges Zusammenreffen der militärischen Führungsspitzen beider Nationen. So wurde die Reise Marras in die USA von seiten der Italiener zweimal verschoben. Vgl. Nuti, *L'esercito italiano*, S. 183–187 und Ortona, *Anni d'America*, S. 254–258.

<sup>68</sup> Vgl. Ilari, Virgilio: *Le forze armate tra politica e potere 1943–1976*, in: *La Rivista Italiana di Strategia Globale* (1984) H. 3, S. 171–208, S. 207 und Tarchiani, *Fra Roma e Washington*, S. 160.

<sup>69</sup> Vgl. Nuti, *L'esercito italiano*, S. 195.

<sup>70</sup> „Nicht datierte Notiz des italienischen Außenministeriums über den Besuch General Efisio Marras in den Vereinigten Staaten“, zit. in: Ebenda, S. 393–396, mit bezug auf *Archivio Storico Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri (ASMAE), Affari Politici, Italia 1948, busta 150.*

tion der US-Regierung in der Frage der Einbeziehung Italiens in „regionale Allianzen“ zu machen<sup>71</sup>. Bei den Gesprächen wurde diese restriktive Haltung jedoch sowohl von amerikanischer als auch von italienischer Seite größtenteils aufgegeben. So betonte Marras, daß Italien dazu bereit sei, mit den westlichen Mächten in ein gemeinsames Bündnis einzutreten, und seine Gesprächspartner machten ihrerseits deutlich, daß sie Italien als ein natürliches und erwünschtes Mitglied einer jeden westlichen Verteidigungsorganisation betrachteten. Ferner wiesen sie darauf hin, daß die amerikanische Mithilfe bei der Wiederbewaffnung Europas noch der Zustimmung des Kongresses bedurfte. Mit dieser Entscheidung sei im Frühjahr des kommenden Jahres zu rechnen. Zur selben Zeit würde voraussichtlich auch der Nordatlantikkpakt realisiert werden<sup>72</sup>. Eine vorherige Lieferung militärischen Materials an Italien sei daher nicht möglich. Auf die Frage Marras', ob der Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt für einen Beitritt zum Atlantikkpakt notwendig sei, antworteten die Amerikaner, daß dies der beste Weg sei.

Diese deutlichen Äußerungen lieferten der italienischen Regierung ein klares Bild über die Haltung der Truman-Administration in der Frage der Wiederbewaffnung und Verteidigung Europas. General Marras faßte das Ergebnis der Gespräche wie folgt zusammen: „Die militärischen Hilfeleistungen an Italien von seiten der Vereinigten Staaten bewegen sich im Rahmen der militärischen Hilfeleistungen für die Staaten des Nordatlantikkpakt, zu denen der Kongreß sich noch äußern muß. Italien könnte, in Abhängigkeit von einem Beitritt zum Brüsseler Pakt und einer folgenden Eingliederung in den Atlantikkpakt, Hilfeleistungen für die Wiederbewaffnung erhalten.“<sup>73</sup>

Weitere interessante Informationen über den Atlantikkpakt erhielt Außenminister Sforza bei einem Zusammentreffen mit seinem französischen Amtskollegen Schuman in Cannes am 20./21. Dezember 1948. Im Gegensatz zu den Amerikanern machten die Franzosen im Verlauf der Gespräche deutlich, daß die Mitgliedschaft im Brüsseler Pakt keine *conditio sine qua non* für den Beitritt zum atlantischen Bündnis sei. Was die Aufnahme Italiens in die NATO angehe, so bestünden allerdings von seiten der übrigen europäischen Staaten sowie von seiten Kanadas generelle Bedenken<sup>74</sup>. Die

<sup>71</sup> Grund für diese Zurückhaltung war die Tatsache, daß man sich bei den Sieben-Mächte-Verhandlungen über den Nordatlantikkpakt noch nicht über die Rolle Italiens geeinigt hatte, und das State Department einer solchen gemeinsam zu treffenden Entscheidung nicht vorweggreifen wollte. Vgl. FRUS 1948, Vol. III, The Director of the Office of European Affairs (Hickerson) to the Director, Plans and Operations Division, General Staff, United States Army (Maddocks), Top Secret, 3. 12. 1948, S. 813 f.

<sup>72</sup> Vgl. Stato Maggiore Esercito degli Stati Uniti, Ufficio Piani e Operazioni. Memorandum per il Capo di Stato Maggiore US Army vom 21. 12. 1948, zit. in: Nuti, *L'esercito italiano*, S. 397–400.

<sup>73</sup> Vgl. Memorandum per il Sig. Ministro degli Affari esteri. Sintesi delle comunicazioni fatte dallo S. M. Americano nella riunione conclusiva, zit. in: Ebenda, S. 401 ff., S. 401.

<sup>74</sup> Vgl. Sforza, *Cinque anni a Palazzo Chigi*, S. 205. Für diese Ablehnung gab es verschiedene Gründe. Zum einen gehörte Italien in geographischer Hinsicht nicht zum nordatlantischen Raum, und man fürchtete, daß der Einschluß des Landes in das Bündnis den späteren Beitritt anderer mediterraner Staaten wie Griechenland und der Türkei nicht mehr aufhalten könne. Vom Beitritt dieser Länder wiederum erwartete man eine deutliche Schwächung des Bündnisses. Einige Staaten, wie z. B. Kana-



Vereinigten Staaten und Frankreich seien jedoch sehr an der Aufnahme Italiens interessiert<sup>75</sup>.

Sowohl dieser Meinungs austausch als auch Marras' Gespräche in den USA dürften nicht ohne Einfluß auf die Haltung der italienischen Regierung gegenüber dem Nordatlantiktakt gewesen sein. Die Italiener wußten nun, daß sie durch den Beitritt zum Bündnis in den Genuß amerikanischer Hilfeleistungen gelangen könnten und daß ein vorheriger Beitritt zum Brüsseler Pakt wohl vermeidbar war. So schrieb Sforza am 29. Dezember an Botschafter Tarchiani, daß er nun von der Notwendigkeit überzeugt sei, dem Atlantiktakt beizutreten<sup>76</sup>, und am selben Tag erteilte er den italienischen Botschaftern in Brüssel, London, Ottawa, Washington und Paris eine dementsprechende Weisung. Darin hieß es, die Botschafter sollten nun die Zustimmung der italienischen Regierung zum Atlantiktakt verdeutlichen und signalisieren, daß Rom bereit sei, dem Bündnis beizutreten<sup>77</sup>.

Ausschlaggebend für diesen Schritt dürfte neben den erwähnten bilateralen Gesprächen auch die deutliche Verbesserung der italienisch-britischen Beziehungen gewesen sein. So hatte der britische Außenminister Bevin Mitte Dezember gegenüber Gallarati-Scotti erkennen lassen, daß er nun den Einschluß Italiens in die Studienkommission zur Realisierung des Europarates befürworte<sup>78</sup>. Damit schien der Mitgliedschaft Italiens im Europarat nichts mehr im Wege zu stehen. Das war für Rom insofern von Bedeutung, als daß De Gasperi und Sforza bestrebt waren, mögliche militärische Bindungen des Landes eng an die europäische Einigungspolitik zu knüpfen<sup>79</sup>.

---

da, befürchteten darüber hinaus, daß eine Beteiligung Italiens die öffentliche Unterstützung des Paktes innerhalb ihrer Länder vermindern könne. Großbritannien rechnete ferner damit, daß Italien für den Beitritt einen Preis in Form der Revision des Friedensvertrages oder in der Frage der Kolonien verlangen würde. Vgl. hierzu Reid, *Time of Fear and Hope*, S. 200 ff., Henderson, *Birth of NATO*, S. 68–73, Smith, *American Policy toward Italy*, S. 95 ff. und FRUS 1948, Vol. III, Report of the International Working Group to the Ambassadors' Committee, 24. 12. 1948, S. 340 ff.

<sup>75</sup> Frankreich war zum damaligen Zeitpunkt das Land, das sich am engagiertesten für den Einschluß Italiens in den Nordatlantiktakt einsetzte. Die Gründe für diese Unterstützung waren in erster Linie strategischer Natur. Der Einschluß Italiens in das Bündnis war für Paris hinsichtlich der Verteidigung des Mittelmeers und Nordafrikas von Bedeutung. Zudem kam die Ausweitung der Allianz auf Italien einer Ausweitung der Allianz auf Südeuropa gleich. Daran waren die Franzosen besonders interessiert, weil auf diese Weise eine britische Dominanz des Bündnisses, die sie ablehnten, vermieden werden konnte. Vgl. FRUS 1948, Vol. III, Report of the International Working Group to the Ambassadors' Committee, 24. 12. 1948, Top Secret, S. 339 ff., Henderson, *Birth of NATO*, S. 68–72 und Smith, *American Policy toward Italy*, S. 98 ff. Die Amerikaner unterstützten die Einbeziehung Italiens in die NATO zum einen, weil das Land für sie als Militärstützpunkt im Mittelmeer von großer Bedeutung war. Zum anderen hielten sie die Aufnahme Italiens in das westliche Bündnis für notwendig, um den politischen Einfluß der italienischen Kommunisten zu begrenzen. Vgl. Smith, ebenda, S. 30 ff.

<sup>76</sup> Vgl. Tarchiani, *Fra Roma e Washington*, S. 162 f. und Sforza, *Cinque anni a Palazzo Chigi*, S. 203.

<sup>77</sup> Vgl. Vigezzi, *De Gasperi*, S. 43.

<sup>78</sup> Vgl. Varsori, *La scelta occidentale*, S. 326 f.

<sup>79</sup> Vgl. Poggiolini, *Ilaria: Europeismo degasperiano e politica estera dell'Italia: un'ipotesi interpretativa (1947–1949)*, in: *Storia delle relazioni internazionali* 1 (1985), S. 67–93, S. 72.

## V.

Verschiedene Äußerungen Sforzas vor dem Parlament und im Ausschuß für Auswärtiges, in denen sich der Außenminister gegen die Neutralität Italiens ausgesprochen hatte, hatten mittlerweile eine breite öffentliche Diskussion über die grundsätzliche außenpolitische Orientierung Italiens entfacht. Kommunisten und Sozialisten sahen in den Worten Sforzas ein deutliches Indiz, daß die Regierung im Geheimen schon alle Weichen gestellt hatte, um dem westlichen Bündnis beizutreten<sup>80</sup>. In einer Fraktions-sitzung am 22. Oktober 1948 beschlossen die Sozialisten, das Thema zum Gegenstand einer Sonderdebatte im italienischen Abgeordnetenhaus zu machen. Grundlage der Debatte bildete ein Antrag des Parteivorsitzenden Nenni („mozione Nenni“), der die Regierung aufforderte, sich künftig von jeglicher Handlung, die als Beitritt Italiens zu Bündnissen oder Blöcken, die direkt oder indirekt militärischen Charakter hatten, ausgelegt werden könnte, fernzuhalten<sup>81</sup>.

Die Tatsache, daß nun das Parlament mit diesen Fragen befaßt war, setzte die Regierung De Gasperi unter Druck. Denn bis dahin war die Haltung der Regierungskoalition zum Brüsseler- und zum Atlantikpakt weder im Kabinett noch in den einzelnen Parteigremien ausführlich diskutiert worden. Um den anstehenden Schlagabtausch mit der Opposition inhaltlich vorzubereiten, galt es daher zunächst einmal, sich innerhalb der Parteien der Koalition auf eine gemeinsame Linie festzulegen. Für De Gasperi war das keine leichte Aufgabe, denn sowohl in den eigenen Reihen als auch bei den Sozialdemokraten gab es zahlreiche Stimmen, die dem außenpolitischen Kurs der Regierung sehr kritisch gegenüberstanden. Zu nennen wären hier in erster Linie zwei Gruppierungen, die beide zur sogenannten „katholischen Linken“ gezählt wurden. Sie bildeten neben der Parteimitte um De Gasperi, die die stärkste Kraft innerhalb der Democrazia Cristiana war, die wichtigsten Strömungen („correnti“) der DC in der Nachkriegszeit<sup>82</sup>. Eine dieser Gruppen sammelte sich um den christdemokratischen Abgeordneten und Parlamentspräsidenten Giovanni Gronchi und der von ihm herausgegebenen Zeitung „Politica Sociale“<sup>83</sup>. Die zweite Gruppe bildeten die sogenannten „dossettiani“, die sich nach ihrem führenden Mann, dem Mailänder Abgeordneten Giuseppe

<sup>80</sup> Vgl. Nenni, Pietro: I nodi della politica estera italiana, hrsg. von Domenico Zucaro, Mailand o. J., S. 68 und „Nuovi intrighi di Palazzo Chigi per legare l'Italia agli occidentali“, in: L'Unità vom 8. 10. 1948.

<sup>81</sup> Vgl. Camera dei Deputati: Atti Parlamentari 1948–49, Discussioni 4, 18 novembre–17 febbraio 1949, Rom o. J., Sitzung vom 30. 11. 1948, S. 4919. Allgemein zur „mozione Nenni“ siehe Nenni, ebenda, S. 68 f. und Ardia, Danilo: Il Partito Socialista e il Patto atlantico, Mailand 1976.

<sup>82</sup> Zu den einzelnen „correnti“ und ihren wichtigsten Mitgliedern siehe Galli, Giorgio: Storia della Democrazia Cristiana, Rom/Bari 1978.

<sup>83</sup> Zu der Politik Gronchis siehe: Formigoni, Guido: La Sinistra Cattolica Italiana e il Patto atlantico (1948–1949), in: Il Politico 50 (1985) Nr. 4, S. 631–661, S. 643 f.; Malgeri, Francesco (Hrsg.): Storia della Democrazia Cristiana, 3 Bände, Rom 1988, Band 2, S. 60 f.; Somma, Luigi: De Gasperi o Gronchi?, Rom 1953 und Vezzosi, Elisabetta: La sinistra democristiana tra neutralismo e Patto atlantico (1947–1949), in: Di Nolfo/Rainero/Vigizzi, L'Italia e la Politica di Potenza in Europa, S. 195–221.

Dossetti, benannten<sup>84</sup>. Beide „correnti“ traten – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – für die Neutralität Italiens ein und kritisierten die Außenpolitik der Regierung heftig. Gleichzeitig versuchten sie, endlich auch die Parteigremien der DC in dieser Frage zu Wort kommen zu lassen. Am 4. November stellten die Abgeordneten Rappelli und Ravaioli, beide Mitglieder der Parteilinken um Gronchi, einen formellen Antrag auf Einberufung des „Consiglio Nazionale“ der DC, um die Außenpolitik des Landes zu diskutieren<sup>85</sup>. Die Parteileitung der DC lehnte den Antrag jedoch einige Tage später ab. In der Begründung dazu hieß es, es lägen keine erkennbaren Gründe für die Notwendigkeit eines solchen Schrittes vor<sup>86</sup>.

Zu einer ersten Aussprache über die Außenpolitik der DC kam es so erst in mehreren Fraktionssitzungen der Partei Mitte November 1948.<sup>87</sup> Zu Beginn dieser Sitzungen legte De Gasperi am 29. November die Haltung der Regierung dar, die nun – so der Abgeordnete Gui – prinzipiell auf einen Beitritt zu einem Defensivbündnis hinauslief. De Gasperi machte aber gleichzeitig deutlich, daß Italien in diesem Zusammenhang noch keinerlei Verpflichtungen übernommen habe. Es sei auch noch keine offizielle Anfrage an die Regierung ergangen, dem Brüsseler Pakt oder dem atlantischen Bündnis beizutreten, so daß sich das Problem überhaupt noch nicht stelle. Es gehe vielmehr darum, eine generelle „Marschrichtung“ festzulegen. Die Neutralität hielt De Gasperi in diesem Zusammenhang für unrealistisch, das internationale Kräfteverhältnis und der Antagonismus der Blöcke ließen sie nur noch zum Preis der Unfreiheit zu. Italien sei es weder militärisch noch wirtschaftlich noch in Hinblick auf die geographische Lage des Landes möglich, eine glaubwürdige Neutralität aufrecht zu erhalten. Der tra-

<sup>84</sup> Zur Wirkung und Politik Dossettis siehe: Boiardi, Franco: *Dossetti e la crisi dei cattolici italiani*, Florenz 1956; Di Lalla, Manlio: *Storia della Democrazia Cristiana*, Turin 1979, S. 308–314 und Di Capua, Giovanni: *Come l'Italia aderì al Patto atlantico*, Rom 1971, S. 214–221.

<sup>85</sup> Der „Consiglio Nazionale“ der DC gehört neben dem „Congresso Nazionale“ (= Nationalkongress, entspricht den Parteitagungen bundesdeutscher Parteien) zu den wichtigsten nationalen Gremien der Democrazia Cristiana. Ihm gehören u. a. Vertreter der Regionen, der Parlamentsfraktion, der verschiedenen Parteiorganisationen und der christlichen Gewerkschaft an. Aufgabe des Consiglio ist es, die „Aktivität der Partei zu lenken und zu kontrollieren“. Vgl. Statuto Definitivo della Democrazia Cristiana vom Januar 1948, in: Vallauri, Carlo (Hrsg.): *La ricostituzione dei partiti democratici 1943–48. La nascita del sistema politico italiano*, 3 Bände, Rom 1978, Band 2, S. 122 ff.

<sup>86</sup> Vgl. *Atti e Documenti della Democrazia Cristiana, 1943–1967*, hrsg. von Andrea Damilano, Rom 2 1978, Band 1, S. 405 f.

<sup>87</sup> Da es über Inhalt und Verlauf dieser Sitzungen keinerlei zugängliche Protokolle und Dokumente gibt, muß bei der Erörterung dieses Punktes auf folgende Darstellungen ehemaliger christdemokratischer Abgeordneter zurückgegriffen werden: Gui, Luigi: *I democratici cristiani e le scelte nodali della politica estera italiana*, in: *Italia e Stati Uniti durante l'amministrazione Truman*, Mailand 1977, S. 169–187; Bager-Bozzo, Gianni: *Il Partito cristiano al potere*, 2 Bände, Florenz 1974, Band 1, S. 267–274; Tupini, Giorgio: *I Democratici Cristiani*, Mailand 1954, S. 208 f. Eine sehr ausführliche Darstellung der besagten Fraktionssitzungen liefert Giovanni Di Capua, *Patto atlantico*. Er stützt sich dabei allerdings ausschließlich auf vertrauliche Informationen und nennt keinerlei Quellen. Auf Grund der prinzipiellen Übereinstimmung seiner Aussagen mit denen der oben genannten Autoren und der niemals erfolgten Dementierung seiner Thesen von Seiten der Partei ist es legitim, sich hier auf dieses Buch zu stützen.

ditionelle Neutralismus der katholischen Kräfte habe damit seine Grundlage verloren. Für Italien stelle sich daher, so De Gasperi, nur die Alternative zwischen Isolation und Kooperation. Wenn Italien Interesse an der Verteidigung der westlichen Zivilisation habe und den internen revolutionären Kräften ihre Wirkungsmöglichkeiten entziehen wolle, so müsse das Land die Zusammenarbeit und Einheit mit den westlichen Staaten suchen<sup>88</sup>.

Nach dieser Stellungnahme entwickelte sich in den folgenden Tagen eine lebhafte, zum Teil heftige Diskussion. Während Redner wie Taviani und Piccioni die Linie De Gasperis unterstützten, formulierten Mitglieder der Dossetti- und der Gronchi-Gruppe in ihren Beiträgen abweichende außenpolitische Vorstellungen<sup>89</sup>. Zu einer Abstimmung über die zukünftige außenpolitische Linie der DC kam es jedoch nicht. Die endgültige Entscheidung über den Beitritt zu einem militärischen Bündnis wurde bis auf weiteres vertagt und lediglich ein Gegenantrag zur „mozione Nenni“ formuliert, der von allen Parteimitgliedern uneingeschränkt mitgetragen werden konnte. Dieser Antrag, die sogenannte „mozione Giaccherio“, verzichtete bewusst auf die Erwähnung militärischer Aspekte und hob stattdessen die europäische Dimension der italienischen Außenpolitik hervor<sup>90</sup>.

Dieser Verzicht auf eine klare Positionsbestimmung der Democrazia Cristiana kam auch der Haltung des sozialdemokratischen Koalitionspartner entgegen. Auf der Ministerratssitzung vom 29. November 1948 hatte der Parteivorsitzende Saragat deutlich gemacht, daß innerhalb seiner Partei erhebliche Vorbehalte gegen den Beitritt Italiens zu einem Militärbündnis bestünden. Die italienischen Sozialdemokraten befanden sich in einer schweren inneren Krise und liebäugelten mehr und mehr mit einem Austritt aus der Regierungskoalition, da sie sich traditionell dem Neutralismus verpflichtet fühlten<sup>91</sup>. Die „mozione Giaccherio“ bot den Sozialdemokraten durch ihre unverbindliche Formulierung die Möglichkeit, dem Antrag der Koalition zuzustimmen, ohne die eigenen Grundüberzeugungen aufgeben zu müssen. Auch die DC konnte dank der „mozione Giaccherio“ geschlossen gegen die Opposition auftreten<sup>92</sup>. Weder die Christ-

<sup>88</sup> Vgl. Baget-Bozzo, *Partito cristiano*, S. 270, Gui, *I democratici cristiani*, S. 233 und Di Capua, *Patto atlantico*, S. 91 f.

<sup>89</sup> Vgl. Di Capua, ebenda, S. 96 ff., Baget-Bozzo, ebenda, S. 271 sowie Gui, ebenda, S. 183.

<sup>90</sup> In dem Antrag wurde die italienische Regierung dazu aufgefordert, die europäische Föderation, die sie in ihrem Memorandum vom 24. 8. 1948 formuliert hatte, aktiv voranzutreiben. Zum Wortlaut des Antrages siehe: *Camera dei Deputati: Atti Parlamentari 1948–49, Discussioni 4*, S. 4933. Zur Bedeutung der „mozione Giaccherio“ siehe Poggolini, *Europeismo degasperiano*, S. 89–91 sowie Nuti, *L'esercito italiano*, S. 193.

<sup>91</sup> Im Januar 1947 hatte Saragat die Trennung von den pro-sowjetisch orientierten Sozialisten vollzogen und war 1948 mit der Sozialdemokratischen Partei in die Regierungskoalition eingetreten. Seine Partei hatte seit diesem Zeitpunkt große Probleme, ein eigenständiges politisches Profil zu entwickeln. Vgl. dazu Averardi, *Giuseppe: I socialisti democratici. Da Palazzo Barberini alla scissione del 4 luglio 1969*, Mailand 1986, S. 41 ff. und Spotts, *Frederic/Wieser, Theodor: Der Fall Italien. Dauerkrise einer schwierigen Demokratie*, München 1988, S. 81 f. und S. 102 f.

<sup>92</sup> In der Schlußabstimmung am 4. 12. 1948 wurde die „mozione Nenni“ mit 302 gegen 240 Stimmen abgelehnt, während sich 266 Abgeordnete für die „mozione Giaccherio“ aussprachen.

demokraten noch die Sozialdemokraten hatten damit allerdings ihre tiefliegenden innerparteilichen Differenzen im Bereich der Außenpolitik gelöst.

## VI.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm der Kirchenstaat zur Wahrung seiner Interessen häufig öffentlich zu außenpolitischen Fragen Stellung, die Italien betrafen<sup>93</sup>. Dabei verfolgte Papst Pius XII. in erster Linie das Ziel, dem zunehmenden Einfluß des Kommunismus in Europa und Italien entgegenzuwirken<sup>94</sup>. So traten die Vertreter der katholischen Kirche im Wahlkampf 1948 eindeutig für die Democrazia Cristiana ein, die sie auch in der Folgezeit politisch unterstützten. Die Frage, welchen Einfluß der Vatikan bei der Entscheidung über den Beitritt zum Atlantischen Bündnis gehabt hat, ist auf Grund des Fehlens von Primärquellen nicht eindeutig zu klären<sup>95</sup>. Zahlreiche Hinweise lassen jedoch darauf schließen, daß der Vatikan auch dabei seinen Einfluß geltend zu machen versuchte. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß die Haltung des Heiligen Stuhls nicht ohne Auswirkungen auf die Position der links-katholischen Kräfte der DC und auf die öffentliche Meinung geblieben ist. Aus dieser Annahme ergibt sich auch eine plausible Erklärung für die Tatsache, daß die Regierung De Gasperi der Haltung des Vatikans stets größte Aufmerksamkeit schenkte. Als im Verlauf des Jahres 1948 Stimmen aus dem Umfeld des Papstes und ein Großteil der dem Vatikan nahestehenden Presse für die Neutralität Italiens eintraten<sup>96</sup>, zeigten sich Sforza und De Gasperi derart besorgt, daß der Außenminister im Dezember 1948 Papst Pius XII. aufsuchte. Nach den Berichten von Sforzas Biographen Livio Zeno hatte diese Audienz das Ziel, die Ablehnung des Atlantikpaktes durch breite inner- und außerparlamentarische

<sup>93</sup> Vgl. Di Nolfo, Ennio: Von der Konfrontation zur Partnerschaft. Italien und der Vatikan 1943–1948, in: Woller, Italien und die Großmächte, S. 179–206.

<sup>94</sup> Vgl. Lill, Geschichte Italiens, S. 374, und Formigoni, Guido: Il mondo cattolico e „la scelta occidentale“ dopo le elezioni del 1948, in: Vigezzi, La dimensione atlantica, S. 191–237, S. 200–218.

<sup>95</sup> Vgl. Cacace, Vent'anni di politica estera italiana, S. 309 und Formigoni: La Sinistra Cattolica, S. 650. Die Mehrheit der Autoren hält einen gewissen Einfluß des Vatikans für wahrscheinlich. Vgl. Di Nolfo, Italien und der Vatikan, Kogan, Norman: The Politics of Italian Foreign Policy, New York 1963, S. 80f. und Garuccio, Ludovico: I trent'anni della NATO: il dibattito tra le forze politiche italiane. Un'ipotesi senza alternativa reali, in: Politica internazionale, Mai/Juni 1979, S. 69–75, S. 70. Dabei fällt auf, daß christdemokratische Autoren eher dazu neigen, jeglichen Einfluß kategorisch zu bestreiten, während Vertreter der Oppositionsparteien den Einfluß für entscheidend halten. Vgl. dazu Baget-Bozzo, Partito cristiano, S. 272 und Nenni, I nodi della politica estera, S. 68.

<sup>96</sup> So berichtet Sforza in einem Brief an De Gasperi vom 27. 8. 1948 von einem Gespräch mit dem vatikanischen Staatssekretär Monsignore Tardini. Dieser habe ihm gegenüber die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, Italien könnte für immer neutral bleiben. Damit sei den geistigen und weltlichen Interessen des Kirchenstaates am besten gedient. Vgl. dazu: De Gasperi, Maria Romana (Hrsg.): De Gasperi scrive. Corrispondenza con capi di stato, cardinali, uomini politici, giornalisti, diplomatici, 2 Bände, Brescia 1981, Band 2, S. 107, und Formigoni, Il mondo cattolico, S. 200–209.



rische katholische Kräfte zu überwinden<sup>97</sup>. Eine Äußerung der Tochter De Gasperis bekräftigt diese Aussage. Danach habe De Gasperi in schwierigen politischen Momenten schriftliche Aufzeichnungen oder Notizen an den Heiligen Stuhl gesandt, um die Position von bestimmten katholischen Kräften, die der DC kritisch gegenüberstanden, durch ein Wort des Vatikans zu beeinflussen<sup>98</sup>.

Über den tatsächlichen Verlauf und die Ergebnisse der Unterredung Sforzas mit Pius XII. gibt es allerdings keinerlei Quellen<sup>99</sup>. Festzuhalten ist jedoch, daß der Vatikan Ende Dezember 1948, nur kurze Zeit nach der Audienz, seine Einschätzung der italienischen Außenpolitik präziserte und veränderte<sup>100</sup>. In seiner Weihnachtsbotschaft griff Papst Pius XII. die Themen Sicherheit und Frieden auf und rückte in seinen Ausführungen deutlich von der vorherigen Position der Äquidistanz ab. So erinnerte der Papst die Katholiken an ihre Pflicht, sich angesichts der Hilferufe anderer nicht in einen „bequemen Isolationismus“ zurückzuziehen. Zu keinem Zeitpunkt nach dem Ende des Krieges seien die Gemüter so stark vom Alptraum eines Krieges und der Angst um den Frieden belastet gewesen. Jeder Angriff auf jene Güter, die nach der göttlichen Ordnung bedingungslos respektiert und garantiert und daher auch geschützt und verteidigt werden müßten, sei eine Sünde und ein Verbrechen: „Ein Volk, das bedroht wird oder bereits Opfer eines ungerechtfertigten Angriffs geworden ist, kann nicht in passiver Gleichgültigkeit verharren, wenn es christlich denken und handeln will; vielmehr verbietet die Solidarität der Völkerfamilie es den anderen, als einfache Zuschauer in einer Position gleichgültiger Neutralität zu verbleiben.“<sup>101</sup>

Kurze Zeit später betonte der Papst in einer Ermahnung an das katholische Episkopat, daß der Vatikan alle Initiativen, die die Nationen zur Abwehr von Gefahren in Bündnissen vereinigten, begrüße und unterstütze<sup>102</sup>. Zwar beschränkte sich Pius XII. in seinen Ausführungen auf eine rein lehrhafte Darstellungsweise, ohne direkt politische Begriffe zu gebrauchen. Dennoch können seine Worte zweifellos als ein deutliches Zeichen der Unterstützung der Politik De Gasperis bewertet werden; sie haben wohl in nicht unbeträchtlichem Maße dazu beigetragen, letzte Zweifel hinsichtlich des Beitritts zum atlantischen Bündnis zu überwinden, entzogen sie doch den katholischen Kräften der DC, die für die Neutralität eintraten, die Möglichkeit, ihre Überzeugungen auf ausschließlich religiöse Motive zurückzuführen<sup>103</sup>.

<sup>97</sup> Vgl. Zeno, Sforza, S. 233 und Kogan, Italian Foreign Policy, S. 51.

<sup>98</sup> Vgl. De Gasperi, M. R., De Gasperi scrive, Band 1, S. 21.

<sup>99</sup> Vgl. Zeno, Sforza, S. 287–290.

<sup>100</sup> Vgl. Di Nolfo, Ennio: „La Civiltà Cattolica“ e le scelte di fondo della politica estera italiana nel secondo dopoguerra, in: Storia e Politica 10 (1971), S. 187–239, S. 235.

<sup>101</sup> Radiomessaggio natalizio di Sua Santità Pio XII. sulla sicurezza e il perfezionamento della pace, zit. in: La Civiltà Cattolica, 1949, Band 1, S. 113–122, S. 119.

<sup>102</sup> Esortazione apostolica di Sua Santità Pio XII. all'Episcopato Cattolico per riparare i gravissimi peccati dell'ateismo e dell'odio contro Dio, zit. in: Ebenda, S. 437–477.

<sup>103</sup> Vgl. Formigoni, Il mondo cattolico, S. 204f.

## VII.

Nachdem Ende 1948 der Entschluß herangereift war, sich dem Atlantikpakt anzuschließen, trafen De Gasperi und Sforza in den ersten Januartagen des Jahres 1949 mehrmals zusammen, um das weitere Vorgehen festzulegen<sup>104</sup>. Dabei wurde deutlich, daß der Ministerpräsident noch immer zögerte, ein formelles Beitrittsgesuch zum atlantischen Bündnis zu formulieren. Auf innenpolitischer Ebene, so De Gasperi, sei noch kein vollständiger Konsens über den Beitritt gefunden worden<sup>105</sup>. Zudem habe Italien noch keine Zusicherung erhalten, daß das Bündnis dem Land die erwünschten militärischen Garantien einbringe. Daher beschlossen die beiden Politiker, der amerikanischen Regierung ein Memorandum zu übergeben, in dem sie die Haltung der italienischen Regierung zum Atlantikpakt „in größter Offenheit“ erläutern wollten<sup>106</sup>. Dieses Memorandum wurde am 6. Januar 1949 Botschafter Tarchiani zugeleitet und enthielt in der Tat keine Hinweise auf ein eventuelles Beitrittsgesuch<sup>107</sup>. Vielmehr wurden darin u. a. verschiedene Forderungen formuliert, die Italien erfüllt wissen wollte, bevor das Land sich dem Bündnis anschließen könne. So müsse a) das gesamte italienische Territorium einschließlich des Freistaates Triest in die Verteidigungszone eingeschlossen sein und b) der Beitritt Italiens zum Europarat ausreichen, um dem atlantischen Bündnis beitreten zu können<sup>108</sup>.

In der italienischen Botschaft in Washington stieß das Memorandum auf Unverständnis<sup>109</sup>. Bei den Amerikanern und ihren westlichen Verbündeten sollte es ebenfalls bald für Verwirrung sorgen. Dem Memorandum hatte Außenminister Sforza nämlich einen Brief beigelegt, in dem er den Botschafter ermächtigte, selbst zu entscheiden, ob er das gesamte Memorandum oder nur Teile davon an das State Department weiterleiten wolle. Tarchiani machte von dieser Handlungsfreiheit Gebrauch. Er entwarf einen Text, der dem Memorandum als „Interpretationshilfe“ beigelegt wurde und ein klares Beitrittsgesuch zum Bündnis enthielt, und übergab beide Schreiben dem State Depart-

<sup>104</sup> Vgl. Zeno, Sforza, S. 292 f. und Adstans, Alcide De Gasperi, S. 124. Nach den Angaben Zenos fanden diese Unterredungen im privaten Rahmen am 1. und 3. 1. 1949 statt.

<sup>105</sup> So hatten die Sozialdemokraten noch nicht über die Haltung der Partei zum Atlantikpakt abgestimmt. Vgl. hierzu auch die Äußerungen De Gasperis gegenüber dem Amerikanischen Botschafter Dunn in: FRUS 1949, Vol. IV, Washington 1975, The Ambassador (Italy) to the Acting Secretary of State, 5. 1. 1949, S. 7 f.

<sup>106</sup> Vgl. Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, S. 203 f. und Tarchiani, Fra Roma e Washington, S. 163. Dieses Memorandum schien zunächst geheim zu sein, denn erst auf der Ministerratssitzung am 8. 3. 1949 wies De Gasperi im Zusammenhang mit der Haltung der Sozialdemokraten kurz auf das Memorandum hin. Vgl. die Sitzung vom 8. 3. 1949, S. 4, in: ACS, Verbali del Consiglio dei Ministri 1949, busta 6.

<sup>107</sup> Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 337 und Pastorelli, Patto atlantico, S. 224.

<sup>108</sup> Der Beitritt Italiens zum Europarat sollte den Beitritt zum Brüsseler Pakt, der auf jeden Fall vermieden werden sollte, ersetzen. Vgl. Varsori, La scelta occidentale, S. 337.

<sup>109</sup> Vgl. Ortona, Anni d'America, S. 280 und Tarchiani, Fra Roma e Washington, S. 163 f.

ment<sup>110</sup>. Die Amerikaner unterrichteten daraufhin die übrigen an den Verhandlungen über den Atlantikpakt beteiligten Staaten über das Beitrittsgesuch Italiens<sup>111</sup>.

In den Hauptstädten Westeuropas und Kanadas war man über diese Mitteilung äußerst überrascht. Nur einen Tag zuvor nämlich hatte der italienische Außenminister den betreffenden Regierungen eine Nachricht übersandt, in der er den Inhalt des Memorandums an die USA kurz skizzierte<sup>112</sup>. In diesem Memorandum war allerdings, wie bereits erwähnt, kein formelles Beitrittsgesuch enthalten. Über die wirkliche Haltung Roms zur atlantischen Allianz herrschte damit weiterhin Verwirrung und Ungewißheit.

Im Januar 1949 wartete die Regierung in Rom vergeblich auf eine amerikanische Antwort auf das Memorandum. Der neue amerikanische Außenminister Acheson traf erst am 17. Februar mit Botschafter Tarchiani zusammen, doch auch diese Unterredung endete mit einer Enttäuschung. Acheson machte dabei deutlich, daß über die Gestalt des Atlantikpaktes und über die Mitgliedschaft Italiens noch verhandelt würde und die europäischen Staaten der Teilnahme Italiens überwiegend ablehnend gegenüberstünden. Eine Entscheidung zugunsten Italiens sei daher vorerst nicht möglich<sup>113</sup>.

Ende Februar sprach sich überraschend auch Präsident Truman gegen die Mitgliedschaft Italiens in der NATO aus<sup>114</sup>. Lediglich Frankreich setzte seine Bemühungen fort, eine positive Entscheidung herbeizuführen<sup>115</sup>. Die Franzosen informierten die Regierung in Rom über die ablehnende Haltung der übrigen Mächte und hoben dabei besonders den Widerstand Großbritanniens hervor. Wenn Italien nicht riskieren wolle, ganz von dem Bündnis ausgeschlossen zu werden, so die Empfehlung des Quai d'Orsay, müsse Rom seine Absicht, dem Pakt beitreten zu wollen, offiziell bekräftigen<sup>116</sup>. Sforza beauftragte daraufhin Gallarati-Scotti, den Briten zu verdeutlichen, welche Konsequenzen ein Ausschluß Italiens vom atlantischen Bündnis für die innenpoliti-

<sup>110</sup> Am 9. 1. 1949 setzte Tarchiani Rom in einem Telegramm über den Inhalt seines Schreibens in Kenntnis. Vgl. Varsori, *La scelta occidentale*, S. 339 und Tarchiani, ebenda, S. 164.

<sup>111</sup> Das „Ambassadors' Committee“ war Anfang Juli 1948 ins Leben gerufen worden. Ihm gehörten die Botschafter der sieben Staaten an, die in Washington über den Nordatlantikpakt verhandelten. Sie leiteten die von der sogenannten „working group“ erarbeiteten Vorschläge an ihre Regierungen weiter und vertraten deren Position im Committee.

<sup>112</sup> Vgl. Varsori, *La scelta occidentale*, S. 240f.

<sup>113</sup> Vgl. ebenda und Ortona, Egidio: *L'adesione dell'Italia all'alleanza atlantica*, in: *Notizie NATO*, agosto 1981, S. 129–133, und ottobre 1981, S. 176–179, S. 177f. Die zurückhaltende Haltung Achesons ist darauf zurückzuführen, daß er gleich nach seinem Amtsantritt mit großen innenpolitischen Schwierigkeiten konfrontiert wurde. So kritisierten einflussreiche Senatoren den Vertragsentwurf des atlantischen Bündnisses und drohten, ihm nicht zuzustimmen. Vgl. Reid, *Time of Fear and Hope*, S. 92–96.

<sup>114</sup> Vgl. FRUS 1949, Vol. IV, *Memorandum of Conversation by the Secretary of State*, 28. 2. 1949, *Meeting with the President*, S. 125.

<sup>115</sup> So machten die Franzosen in Washington deutlich, daß sie der Aufnahme Norwegens in die NATO nicht zustimmen würden, wenn Italien nicht aufgenommen würde. Vgl. Reid, *Time of Fear and Hope*, S. 207.

<sup>116</sup> Vgl. Varsori, *La scelta occidentale*, S. 354 und 357.

sche Lage Italiens haben würde. Der italienische Botschafter sollte dabei besonders auf die Kommunisten verweisen, die durch eine solche Entwicklung unweigerlich gestärkt würden<sup>117</sup>.

Als sich trotz dieser diplomatischen Bemühungen Ende Februar 1949 noch immer keine Entscheidung abzeichnete, folgte die Regierung De Gasperi schließlich dem Rat der Franzosen. Am 1. März 1949 informierte Tarchiani Acheson auf Weisung aus Rom schriftlich über den Wunsch seiner Regierung, dem Atlantikpakt beizutreten<sup>118</sup>. Am 2. März 1949 traf Acheson erneut mit Präsident Truman zusammen und empfahl ihm, der Aufnahme Italiens in das atlantische Bündnis zuzustimmen<sup>119</sup>. Nachdem Truman sich damit einverstanden erklärt hatte, setzte Acheson die übrigen beteiligten Staaten über die Entscheidung des Präsidenten in Kenntnis. Auf der Sitzung des „Ambassadors' Committee“ am 7. März wurde schließlich einvernehmlich beschlossen, Italien zu den abschließenden Verhandlungen und der Unterzeichnung des NATO-Vertrages einzuladen<sup>120</sup>.

Nachdem damit alle Hindernisse und Widerstände ausgeräumt waren, stimmte der italienische Ministerrat am 11. März dem Beitritt zum Bündnis zu. Gleichzeitig gab De Gasperi bekannt, daß er das Parlament so schnell wie möglich über diese Entscheidung informieren werde, um auch die parlamentarische Ermächtigung für die Verhandlungen über den Atlantikpakt zu erlangen. Die Ermächtigung sollte in Form einer Vertrauensabstimmung für die Regierung erfolgen<sup>121</sup>. De Gasperi wählte diese Form des parlamentarischen Verfahrens, um den Bündnispartnern noch vor der Vertragsunterzeichnung zu signalisieren, wie ernst er es meinte. Die Ankündigung der Vertrauensabstimmung, so Maria Romana De Gasperi, habe der Absichtserklärung Italiens zweifellos größere politische Bedeutung verliehen als lediglich die Zusicherung der Regierung, die mit der Ungewißheit über die Ratifikation verbunden gewesen wäre<sup>122</sup>.

Nachdem der NATO-Beitritt auf internationaler Ebene abgesichert war, ging es für die Regierung De Gasperi nun darum, für diese Entscheidung auch die Mehrheit der Koalition hinter sich zu bringen. Von Seiten der Liberalen und der Republikaner gab es dabei keinerlei Schwierigkeiten. Beide Parteien hatten sich mehrheitlich für einen Beitritt zur NATO ausgesprochen<sup>123</sup>. Die Haltung der Sozialdemokraten hingegen

<sup>117</sup> Vgl. ebenda.

<sup>118</sup> Vgl. FRUS 1949, Vol. IV, Memorandum by the Secretary of State, Memorandum of Discussion with the President, 2.3. 1949, S. 141 f.

<sup>119</sup> Ebenda.

<sup>120</sup> Nachdem die Amerikaner sich so deutlich für die Aufnahme Italiens ausgesprochen hatten, stimmten schließlich auch die übrigen Staaten zu. Vgl. hierzu Smith, *American Policy toward Italy*, S. 106. Neben Italien wurden auch Dänemark, Portugal und Island eingeladen, sich dem Bündnis anzuschließen. Vgl. FRUS 1949, Vol. IV, Minutes of the Sixteenth Meeting of the Washington Exploratory Talks on Security, 7.3. 1949, S. 166–174.

<sup>121</sup> Vgl. ACS, *Verbali del Consiglio dei Ministri*, Sitzung vom 11.3. 1949.

<sup>122</sup> Vgl. De Gasperi, *Maria Romana: De Gasperi uomo solo*, Mailand 1964, S. 270.

<sup>123</sup> Vgl. Cattani, Leone: *I Liberali e le scelte nodali della politica estera*, in: *Italia e Stati Uniti*, S. 149–168, S. 167 und Spadolini, Giovanni: *I Repubblicani dopo l'unità (1871–1984)*, Florenz <sup>3</sup>1984, S. 280.

war noch immer ungeklärt. Erst am 4. März, als sich die Aufnahme Italiens in das atlantische Bündnis bereits abzeichnete, trat der Parteivorstand zusammen. Saragat schlug dabei vor, dem Beitritt zum Bündnis zuzustimmen, und unterlag in der folgenden Abstimmung<sup>124</sup>. Die Partei war damit in der Frage des NATO-Beitritts gespalten. Daher wurden die Abgeordneten in der entscheidenden Abstimmung im Parlament von jeder Form des Fraktionszwanges befreit<sup>125</sup>.

Auch die Democrazia Cristiana mußte dem Beitritt zum atlantischen Bündnis noch zustimmen. Die innerparteiliche Opposition, die gegen den Einfluß Italiens in das Bündnis eintrat, war allerdings noch nicht überwunden. Die linken Parteiflügel Gronchi und Dossetti übten weiterhin Kritik am außenpolitischen Kurs der Regierung<sup>126</sup>. In den Parteigremien der DC fanden diese Gruppen jedoch kaum Gelegenheit, ihre Vorstellungen in den Entscheidungsprozeß einzubringen. Eine definitive Entscheidung über den Beitritt zum Atlantikpakt wurde zudem bis zur letzten Minute aufgeschoben. Erst am 11. März, nachdem Italien offiziell zur Teilnahme an den Verhandlungen über den Atlantikpakt eingeladen worden war, trat die Fraktion der DC zu einer Abstimmung zusammen<sup>127</sup>. Die Sitzung begann mit einer ausführlichen Erklärung De Gasperis, in der dieser die Entscheidung der Regierung wie folgt begründete: Für Italien habe sich die Alternative zwischen Isolation, d.h. Neutralität, und dem Beitritt zu einem Beistandspakt gestellt. Da eine neutrale Stellung auf Grund des internationalen Kräfteverhältnisses und der geographischen Lage Italiens nicht einzunehmen sei, könne nur die Zugehörigkeit zu einem Bündnis zur Sicherung des Friedens beitragen<sup>128</sup>. Der Beitritt zum Bündnis erfolge außerdem auf der Grundlage der vollständigen Parität, und schließlich sei das Bündnis seiner Natur nach rein defensiv ausgerichtet<sup>129</sup>.

Dieser Erklärung De Gasperis folgte eine ausführliche Diskussion. Dabei schien die Opposition gegen den Pakt, so Luigi Gui, nur noch gering zu sein<sup>130</sup>. Lediglich ein kleiner Kreis um Gronchi und Dossetti äußerte Kritik an dem Beitritt, teilte aber andererseits die Ansicht, daß Italien zu Verteidigungszwecken wiederbewaffnet werden müsse. Der Beitritt zum atlantischen Bündnis schien ihnen aber in diesem Zusammenhang nicht der richtige Weg zu sein. Die „dossetiani“ waren enttäuscht über die Absicht De Gasperis und der Mehrheit der Partei, einer militärischen Allianz beizutreten. Nach ihren Vorstellungen hätte die DC als „junge Partei“ neue politische Wege gehen müssen, ohne an die „präfaschistische Tradition“ der Allianz- und Blockbildung anzuknüpfen<sup>131</sup>. Die Regierung, so Gui, habe es versäumt – etwa durch eine einseitige militärische Garantie durch die USA – die Unabhängigkeit des Landes zu bewahren.

<sup>124</sup> Vgl. Cacace, *Vent'anni di politica estera italiana*, S. 308f. und Di Capua, *Patto atlantico*, S. 207–211.

<sup>125</sup> Vgl. „Minaccia di scissione nel P. S. L. I.“, in: *Corriere della Sera* vom 8. 3. 1949 und „Lunghi colloqui di Sforza con gli ambasciatori alleati“, in: *La Stampa* vom 6. 3. 1949.

<sup>126</sup> Vgl. Formigoni, *La Sinistra Cattolica*, S. 651.

<sup>127</sup> Vgl. Baget-Bozzo, *Partito cristiano*, S. 184.

<sup>128</sup> Vgl. Di Capua, *Patto atlantico*, S. 172.

<sup>129</sup> Vgl. *Atti e Documenti della Democrazia Cristiana*, Band 1, S. 424f.

<sup>130</sup> Vgl. Gui, *I democratici cristiani*, S. 184.

<sup>131</sup> Vgl. ebenda.



Gronchi mißfiel es, daß Italien nicht versucht habe, eine wirkliche europäische Einheit zu bilden, die als Gegengewicht zu den Blöcken hätte fungieren können. Seiner Ansicht nach hätte die Regierung erst eine europäische Übereinkunft anstreben müssen und sich erst dann auf die Suche nach militärischen Garantien begeben sollen<sup>132</sup>. Er nahm mit dieser Vorstellung genau die Gegenposition zur Haltung De Gasperis ein, der im Schutz, den die NATO verlieh, die Voraussetzung für eine europäische Übereinkunft sah.

Am Ende der Diskussion wurde der Antrag De Gasperis jedoch mit großer Mehrheit angenommen<sup>133</sup>. Dieses Ergebnis ist erstaunlich und wirft die Frage auf, warum die über lange Zeit geübte, oft heftige Kritik an der Außenpolitik der Regierung De Gasperi so plötzlich und widerstandslos verstummte. Aufschluß hierüber werden wohl erst die Protokolle der entscheidenden DC-Fraktionssitzungen und andere Parteidokumente geben können, die freilich noch nicht frei zugänglich sind<sup>134</sup>.

Am 11. März 1949 wurde die Debatte über den Atlantikpakt im Abgeordnetenhaus eröffnet. Sie erstreckte sich – von kurzen Unterbrechungen abgesehen – über sechs Tage und dauerte insgesamt 57 Stunden. Dabei kam es im Parlament zu schweren Handgreiflichkeiten. Durch Erklärungen jedes einzelnen Abgeordneten und die Einreichung zahlreicher Anträge versuchte die Opposition, die Entscheidung so weit wie möglich herauszuzögern<sup>135</sup>. Die Debatte endete schließlich mit der Abstimmung am 18. März 1949. 342 Abgeordnete sprachen der Regierung De Gasperi das Vertrauen aus. Am 22. März stimmte auch der Senat mit 188 gegen 112 Stimmen für den Atlantikpakt<sup>136</sup>. Im Anschluß daran reiste Außenminister Sforza nach Washington, wo er am 4. April 1949 den NATO-Vertrag unterzeichnete. Einen Monat später, am 5. Mai 1949, hob Italien zusammen mit neun weiteren europäischen Staaten den Europarat aus der Taufe<sup>137</sup>. Die wichtigsten außenpolitischen Ziele der Regierung De Gasperi waren damit erreicht. Italien war als gleichberechtigtes Mitglied in die atlantische Sicherheitsgemeinschaft aufgenommen worden und konnte durch seine Mitgliedschaft im Europarat seine Zugehörigkeit zu Westeuropa unterstreichen.

## VIII.

Als sich mit dem Abzug der alliierten Truppen 1947 das Problem der äußeren Sicherheit Italiens stellte, dachte niemand in der Regierung ernsthaft an den Beitritt zu einem Militärbündnis. Italien begriff sich als Teil des Westens, wollte jedoch keine internatio-

<sup>132</sup> Vgl. Di Capua, *Patto atlantico*, S. 175–178.

<sup>133</sup> 282 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 5 enthielten sich der Stimme, 14 Abgeordnete blieben der Abstimmung fern und 3 sprachen sich gegen den Antrag aus.

<sup>134</sup> Vgl. Vezzosi, *La sinistra democristiana*, S. 221.

<sup>135</sup> Vgl. Cacace, *Vent'anni di politica estera italiana*, S. 31.

<sup>136</sup> Zur Debatte im Senat siehe: *Senato della Repubblica: Atti Parlamentari 1948–49, Discussioni 4 und 5*, Rom o. J., S. 6118–6544.

<sup>137</sup> Vgl. Sforza, *Cinque anni a Palazzo Chigi*, S. 113 f. und Varsori, *De Gasperi*, S. 87.

nenalen Verpflichtungen eingehen. „Die meisten Italiener waren zweifellos prowestlich, doch sie waren prowestliche Neutralisten,<sup>138</sup> wie treffend gesagt worden ist.

Das galt auch für die italienische Regierung. Weder De Gasperi noch Sforza wollten anfangs der NATO beitreten, wie der italienische Außenminister im Juli 1949 rückblickend an seinen Freund Mario Bracci schrieb: „Monat für Monat wurde ich vor der Unterzeichnung des Atlantikpaktes mit Berichten der westlichen Botschafter bombardiert, die mich aufforderten, die einzige Möglichkeit, *unser Prestige* wiederherzustellen, nicht ungenutzt zu lassen; ich blieb jedoch zurückhaltend und stellte meinem Gewissen die Frage, ob ich das Recht hätte, die Möglichkeit neutral zu bleiben (...), angesichts der Garantie, die das Bündnis bot, zu ignorieren.“<sup>139</sup>

Erst als deutlich wurde, daß die Neutralität nur um den Preis der Isolation aufrechterhalten war, entschied sich die Regierung zum Beitritt. Dieser Entscheidung lagen verschiedene Motive zu Grunde. Zum einen wurde mit dem Beitritt zum Nordatlantikpakt der letzte Schritt auf dem Weg zur vollständigen Westintegration vollzogen. Der Beitritt zur NATO trug entscheidend zur Stärkung der Regierungskoalition und zur Stabilisierung des Landes bei. Die Gefahr einer weiteren Zunahme des politischen Einflusses der Kommunisten war damit gebannt. Zum anderen bot der Beitritt zum atlantischen Bündnis Italien militärische Sicherheit und die notwendige finanzielle Unterstützung bei der Wiederbewaffnung, die das Land selbst nicht hätte aufbringen können. Damit war auch den Interessen der italienischen Streitkräfte gedient. Ideologische und militärisch-strategische Überlegungen scheinen hingegen eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben<sup>140</sup>. In erster Linie ging es der Regierung De Gasperi darum, Italien nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg aus der Isolation herauszuführen und die Bürde des Friedensvertrages abzuschütteln. Italien sollte wieder als gleichberechtigter Partner in den Kreis der westlichen Staatenwelt aufgenommen werden. Der Beitritt zum Nordatlantikpakt bot dazu eine geeignete Möglichkeit.

Um die Entscheidung für den Atlantikpakt auch innenpolitisch konsensfähig zu machen, versuchte die italienische Regierung, den Beitritt zur NATO unmittelbar mit der europäischen Einigungspolitik zu verknüpfen. Mit dem Beitritt zum Atlantikpakt und zum Europarat im Frühjahr 1949 gelang es, diese Politik erfolgreich umzusetzen. Damit wurden die wichtigsten Grundlagen für die außenpolitische Orientierung Italiens gelegt, die bis heute Bestand haben.

<sup>138</sup> Spotts/Wieser, *Der Fall Italien*, S. 271.

<sup>139</sup> Brief Carlo Sforzas an Mario Bracci vom 10. 7. 1949, in: Bracci, Mario: *Testimonianze sul proprio tempo. Meditazioni, lettere, scritti politici (1943–1958)*, Florenz 1981, S. 393.

<sup>140</sup> So macht der christdemokratische Politiker De Mita in einem Interview über De Gasperi darauf aufmerksam, daß dieser die atlantische Allianz niemals auf Grund rein militärischer Überlegungen für wichtig gehalten hat. Vgl. *La lezione di Alcide De Gasperi*, Rom 1986, S. 59.